

Rede des Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern  
Peter Ritter

auf dem Landesparteitag der WASG Mecklenburg-Vorpommern, 22.10.2005

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung zu ihrem Landesparteitag und die Möglichkeit zu ihnen sprechen zu können.

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“! - wann hatte dieser abgedroschene Satz eine größere Bedeutung als jetzt.

In 11 Monaten ist Landtagswahl. Und von uns, von der Linkspartei.PDS und der WASG, sind wichtige Fragen zu beantworten.

Gestatten sie mir jedoch zunächst, dass ich mich im Namen der Mitglieder der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern bei Ihnen für den engagierten gemeinsamen Wahlkampf bedanke!

Wir haben unser gemeinsames Wahlziel erreicht: Im Deutschen Bundestag sitzt wieder eine starke linke Fraktion. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und der Osten Deutschlands haben wieder eine deutliche und vor allem zuverlässige Stimme!

Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern haben dazu einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet.

Ich denke, dass wir darauf stolz sein können und dieses Ergebnis zum Anlass nehmen sollten, den eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit gemeinsam zu diskutieren und auszugestalten!

Das Gespräch der geschäftsführenden Vorstände beider Parteien am 30.09. in Güstrow, Fragestellungen von Kreisvorständen der WASG an Kreisvorstände der Linkspartei und Pressemitteilungen der letzten Tage, lassen erahnen, dass dieser Diskussionsprozess nicht einfach sein wird.

Ich kann hier für meine Partei erklären, dass wir diesen Diskussionsprozess offen führen wollen, denn wir wollen den eingeschlagenen Weg zu einer gemeinsamen starken linken Kraft gehen.

Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2006 steht dabei offenbar, so meine Wahrnehmung, eine Frage besonders im Focus: die Frage der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.

Gestatten Sie mir daher kurz, im Rahmen der Möglichkeiten eines Diskussionsbeitrages, ist die nur kurz möglich, einige Ausführungen zu dieser Frage:

Regieren auf Landesebene JA oder NEIN? Das ist seit unserer ersten Regierungsbeteiligung 1998 die auch in meinem Landesverband am meisten diskutierte Frage. Auf unzähligen Parteitage, Basiskonferenzen, wissenschaftlichen Kolloquien wurde und wird abgewogen und Bilanz gezogen. Diese Diskussion ist ein offener Prozess und darf auch aus meiner Sicht keinen Abschluss finden, muss uns ständig begleiten.

Zur Bilanz gehört z.B., dass in Mecklenburg-Vorpommern das Landesblindengeld nicht abgeschafft wurde.

Dazu gehört, dass wir mit dem Programm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ nicht nur den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschafft haben, sondern in einem wichtigen Politikfeld - der Jugendarbeit - Kontinuität und Fachlichkeit entwickeln konnten. Im meinem Kreis, wo ich auch Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses bin, sind das immerhin 36 Feststellen seit 1999.

Zur Bilanz gehört, dass wir in der Grundschule mehr Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathe eingeführt haben, im nächsten Jahr ab Klasse 3 die erste Fremdsprache einführen werden und dieses mehr natürlich auch finanzieren.

Ab nächsten Schuljahr beginnt bei uns im Land das längere gemeinsame Lernen, etwas was in PISA -Siegerländern zur Normalität gehört.

Seit einem Jahr findet in den KITA's unseres Landes das von Fachleuten und Praktikern hoch geschätzte Vorschuljahr statt. 7 Mio € stellt das Land dafür zusätzlich zur Verfügung.

In den letzten fünf Jahren erhielten die Universitäten und Hochschulen des Landes jährlich 1,5% mehr Finanzmittel, der einzige Bereich übrigens, der von Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung verschont wurde!

Zur guten Bilanz gehört auch, dass das Land, auf Initiative der PDS hin, als erstes Bundesland gegen das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner-Heide klagte.

Auf unsere Initiative hin hat das Land im Bundesrat der EU-Verfassung und der Einführung des ALG-II nicht zugestimmt.

Auf unsere Initiative hin hat sich das Land im Bundesrat mehrfach **FÜR** die Abschaffung des Rentenstrafrechtes ausgesprochen.

Der Kampf um Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit erhält durch uns immer wieder die notwendigen Impulse.

Ein von uns initiiertes Moorschutzprogramm schützt nicht nur die Umwelt, sondern hilft auch vielfach den Landwirten in komplizierten Lagen.

Wie kein anderes Land helfen wir Kommunen, die von Standortschließungen der Bundeswehr betroffen sind.

Wir haben uns als Regierungspartner gegen die Stationierung des Eurofighters in Rostock-Laage ausgesprochen, den Stopp dieses unsinnigen Rüstungsprojektes und die Umverteilung der horrenden Mittel gefordert.

Über das Arbeitsministerium unterstützen wir mit Mikro-Darlehen für das Land wichtige Existenzgründungen und haben die Arbeitsmarktpolitik in einem europaweit anerkannten Programm regionalisiert.

Dies und mehr gehört zur Bilanz. Ob man das als „neoliberalen Kurs“ bezeichnen kann, wage ich zu bezweifeln!

Zur Bilanz gehört aber auch, dass wir beim wichtigsten Problem - der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - nicht wesentlich voran gekommen sind.

Unser politisches Gewicht, unsere wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Programme umzusetzen, reichte nicht aus.

Unser politisches Potential, Sozialabbauprogramme wie Hartz IV zu verhindern, war ebenso nicht ausreichend.

In dieser Situation habe ich im Frühsommer 2004 Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden eingeladen und die Frage gestellt:

Was erwartet ihr, was erwartet der außerparlamentarische Raum von der PDS im Zusammenhang mit Hartz IV? Aussteigen oder drin bleiben?

Im Ergebnis dieser Beratung haben wir festgelegt:

1. gemeinsam über die Auswirkungen von Hartz IV aufzuklären,
2. gemeinsam den Protest gegen Hartz IV zu organisieren und zu führen,
3. gemeinsam den von Hartz IV Betroffenen zu helfen.

Die Teilnehmer der Beratung richteten die Erwartung an uns, das aus unserer Verantwortung heraus zu tun. Und das tun wir bis heute.

Und so ist es auch kein Wunder, dass sich auf der letzten Bundesratssitzung nur zwei Länder für den sofortigen Ost-West-Angleich beim ALG II ausgesprochen haben: Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Das, liebe Freunde, ist kein neoliberaler Zeitgeist sondern Ausdruck dessen, dass in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern die Uhren politisch anders klicken als in 14 weiteren Bundesländern.

Deshalb wird es für uns auch wichtig sein, die Schritte unserer Bundestagsfraktion zur Überwindung von Hartz IV umfassend zu unterstützen und zu begleiten. Im Parlament, in der Regierung, in den Kommunalvertretungen und -verwaltungen und im außerparlamentarischen Raum.

Diese Frage, der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit, soll auch ein Schwerpunkt unseres Landtagswahlkampfes sein.

Wir wollen, so unser schon lange erklärtes Ziel, qualitativ und quantitativ gestärkt in den Landtag einziehen.

Was wir dann mit dieser gewonnenen Stärke anfangen, das entscheiden wir erst nach dem Wahlsonntag im September 2006.

Also: Wir wollen eine stärkere linke Kraft im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Und wir wollen das gemeinsam mit Ihnen, mit der WASG erreichen, als gleichberechtigter Partner.

Wir haben daher unsere internen Diskussionen zur Wahlvorbereitung auf Eis gelegt, weil wir sie gemeinsam mit ihnen führen wollen.

Wir wollen Ihnen unsere Vorschläge zum Wahlprogramm übergeben und gemeinsam mit ihnen diskutieren.

Wir wollen gemeinsam mit ihnen den zurückliegenden Wahlkampf analysieren und die entsprechenden Schlussfolgerungen ableiten.

Ich würde mich daher freuen, sie auf unserer Basiskonferenz zur Wahlauswertung, nächsten Sonnabend in Teterow, begrüßen zu können.

Wir haben die gegenseitige Teilnahme an Vorstandssitzungen aller Ebenen angeregt, und wir laden ein zur gemeinsamen inhaltlichen Debatte in unseren Landesarbeitsgemeinschaften.

Wir wollen den Weg zur Etablierung einer neuen linken Kraft mit allen Kräften unterstützen.

Nein, mir wäre vor einem alleinigen Antritt der Linkspartei zu den Landtagswahlen im nächsten Jahr nicht bange.

Ich würde es aber als nicht nachvollziehbar ansehen, wenn wir 2005 gemeinsam und als Partner und dann 2006 als Konkurrenten in den Wahlkampf ziehen.

Die Wählerinnen und Wähler, die bewusst die neue Linke wählten, uns jetzt ihre Stimme gaben, würden das sicher ähnlich so sehen.

Nicht vergessen sollten wir auch, dass laut Geschäftsordnung des Bundestages „konkurrierende Parteien“ nicht gemeinsam in einer Fraktion sitzen dürfen.

Wir haben also vieles zu bedenken und zu diskutieren.

Nur haben wir dafür nicht alle Zeit der Welt.

In 11 Monaten ist Landtagswahl!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Parteitag eine spannende und erfolgreiche Debatte.

Wenn ich sie dann bald verlassen muss, liegt es nicht daran, dass ich nicht am Ausgang der heutigen Debatte interessiert wäre.

Nein, am Nachmittag findet in Berlin eine Beratung der Landesvorsitzenden mit unserem Parteivorsitzenden statt, wo auch meine Teilnahme gefordert ist.

Herzlichen Dank also - und auf eine weitere gute Zusammenarbeit!